

KDFB – INFORMATIONEN 2/2009



Aus Verbänden und Organisationen

ANDANTE

- 2 Sommerakademie zum Medientraining

AGEH

- 3 Katholischer Entwicklungsdienst wird 50 Jahre alt

Caritas

- 5 Pilotprojekt soll polnische Haushalts-hilfen unterstützen

Hildegardis-Verein

- 6 Lebenslanges Lernen: Herausforderungen an Bildungspolitik und Gesellschaft
- 7 Zweite Phase des Mentoring-Programms startet im Januar

KBE

- 8 Leitlinien zum intergenerationellen Lernen

KLJB

- 9 Sozialer und ökologischer handeln

Müttergenesungswerk

- 10 Müttergenesungswerk kritisiert Sparkurs der Krankenkassen
- 10 Studie: 90 Prozent der Mütter finden Beratung wertvoll

medica mondiale e.V.

- 12 Afrika ist in den Medien nicht präsent
- 12 Neue Geschäftsführerin

Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)

- 13 Familienpolitische Leitlinien

Terre des Femmes

- 14 Neue Vorstandsvorsitzende
- 14 Hoffnung für verschleppte Mädchen

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

- 15 Patientenverfügung
- 16 Katholische Laien fordern mehr Engagement für Entwicklungshilfe
- 17 Hauptausschuss empfiehlt Wahl von Alois Glück zum ZdK-Präsidenten

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner@t-online.de

ANDANTE

andante-Sommerakademie zum Medientraining

Katholische Frauen Europas begegnen gemeinsam den Herausforderungen der Medien

Mitte Juli versammelten sich 56 katholische Frauen aus ganz Europa im High Leigh Conference Centre in Hertfordshire, G. B., um sich Erfahrungen mit den verschiedensten Medien und modernen Kommunikationsmitteln anzueignen.

Die Teilnehmerinnen repräsentierten eine Vielfalt von Organisationen und Netzwerken innerhalb ihrer Heimatländer. Alle vertraten Mitgliedsverbände von andante – der Europäischen Allianz katholischer Frauenverbände – deren Ziel es ist, katholischen Frauen in ihren Herkunftsländern aber auch insgesamt in Europa mehr Gehör zu verschaffen, indem sie Einfluss auf kirchliche und weltliche Institutionen, wie z. B. den Europarat und die Einrichtungen der Europäischen Union (Europaparlament, Europäische Kommission) ausüben. Der National Board of Catholic Women (NBCW), einer der Mitgliedsverbände von andante, war Gastgeberin der Veranstaltung.

Während der fünftägigen Sommerakademie zum Medientraining wurden die Frauen mit Techniken zur Herstellung von Digi-Stories, Podcasts und Videoclips vertraut gemacht und lernten die Grundlagen des Verfassens von Pressemeldungen und des Verhaltens im Interview. Sie tauschten sich ebenfalls über ihre eigenen Erfahrungen im Umgang mit den Medien aus. Eine junge Frau aus Mitteleuropa bemerkte z. B., dass es schwierig sei, von den Medien ernst genommen zu werden, sobald das Wort „katholisch“ erwähnt werde – eine Ansicht, die von vielen Frauen geteilt wurde. Man war sich weitgehend darin einig, dass es in der heutigen Zeit genauso wichtig ist, zu wissen, wie man sich den Medien gegenüber verhalten muss und sie zum eigenen Vorteil nutzen kann, wie lesen und schreiben zu können.

Am letzten Abend präsentierten die Teilnehmerinnen ihre neu gewonnenen Fähigkeiten und stellten in gemischten Sprachgruppen ihre selbstgemachten informativen, unterhaltsamen und in den meisten Fällen sehr lustigen Digi-Stories vor – allesamt leuchtende Beispiele für die Macht von Worten, Bildern und Musik!

Die Vorsitzende von andante, Marie-Louise van Wijk-van de Ven (NL), sagte: „andante betrachtet es als sehr wichtig und notwendig, Gelegenheiten zu schaffen, bei denen sich Frauen verschiedener Kulturen begegnen können. Bei der Sommerakademie konnten wir unsere medialen Fähigkeiten kreativ weiterentwickeln und dabei auf die Erfahrungen einiger unserer Mitglieder mit verschiedenen Medienprojekten zurückgreifen. Die Medienwelt braucht uns, und wir freuen uns darauf, uns einbringen zu können“.

Christine Newman, die erst kürzlich zur Präsidentin des NBCW gewählt wurde, sagte: „Die Konferenz war ein großer Erfolg. Sie hat eine beachtliche Zahl junger und reiferer Frauen zusammengebracht, und es war eine besondere Freude zu sehen, mit wie viel Begeisterung und Spaß Frauen aller Generationen und Nationalitäten zusammen arbeiteten und ihre medialen Fähigkeiten und ihr Bewusstsein erweiterten.“

Die Teilnehmerinnen profitierten vom fachkundigen Input durch Medienexperten wie z. B. Dr. Jim McDonnell (von SIGNIS, die weltweit agierende katholische Assoziation für Kommunikation), Sandra Herbert (BBC Produzentin), Pater Peter Malone MSC (Filmkritiker und Vorsitzender der Kinofilm-Abteilung von SIGNIS). Für die praktischen Übungseinheiten in den verschiedenen Sprachgruppen hatte andante drei auf Medien spezialisierte Referentinnen engagiert: Françoise Vintrou aus Frankreich, Kathrin Sebens aus Deutschland und Franziska Schwalder aus der Schweiz.

andante ist sehr dankbar für die finanzielle Unterstützung von mehreren Organisationen in England, vor allem aber den beiden Hauptsponsoren: Renovabis, der Solidaritätsinitiative der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, und dem Deutschen Komitee des Weltgebetstags der Frauen, einer weltweiten ökumenischen Bewegung des informierten Betens und des betenden Handelns.

ANDANTE ist ein 2007 gegründetes Netzwerk von zur Zeit 19 katholischen Frauenverbänden in Europa. Sie vertreten rund 1,2 Millionen Frauen. Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) ist Mitglied in diesem Netzwerk.

Auftrag: Eine Stimme der katholischen Frauen zu sein und sich am Aufbau eines lebendigen Europas aktiv zu beteiligen, das sich für das gemeinsame Wohl einsetzt und Europa und der Welt ein menschlicheres Gesicht gibt.

Die **Aufgabe** von ANDANTE ist es: zu informieren, konsultieren, koordinieren und repräsentieren. Andante will eine Plattform sein, wo katholische Frauen freimütig und mit Vertrauen ihre Ideen diskutieren können. Schlussfolgerungen werden nicht notwendigerweise einheitlich sein.

Weitere Informationen zu andante, ihren Zielen, Aktivitäten und Mitgliedsverbänden erhalten Sie unter www.andante-europa.net.

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)

Katholischer Entwicklungsdienst wird 50 Jahre alt

Köln (KNA) Der katholische Entwicklungsdienst AGEH feiert Anfang September in Köln sein 50-jähriges Bestehen. Die „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ ist einer von fünf staatlich anerkannten Entwicklungsdiensten in Deutschland und entsendet im Auftrag der katholischen Hilfswerke Entwicklungshelfer in Projekte in der Dritten Welt. Zu den Trägern gehören das Bischöfliche Hilfswerk Misereor, das Kolpingwerk und Caritas international. Zu dem Festakt werden der nordrhein-westfälische Minister für Gesundheit, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet (CDU), und der Misereor-Geschäftsführer Thomas Antkowiak als Redner erwartet.

In den vergangenen fünf Jahrzehnten vermittelte die AGEH rund 6.000 Fachkräfte. 2008 arbeiteten insgesamt 195 Entwicklungshelfer mit einem von der AGEH vermittelten Vertrag nach Entwicklungshelfergesetz. 96 von ihnen waren in Afrika, 54 in Lateinamerika, 41 in Asien und 4 in

Mittel- und Osteuropa tätig. Darüber hinaus kamen rund 79 Fachkräfte mit Sonder- oder Kurzzeitverträgen zum Einsatz.

Die AGEH ist seit 1999 zudem einer von acht Trägern des von der Bundesregierung finanzierten Programms „Ziviler Friedensdienst“. Dort sind gegenwärtig 36 Fachkräfte unter Vertrag. Sie arbeiten etwa als Trainer für Multiplikatoren von Friedensschulen in Kolumbien und Nigeria. In Uganda werden Sozialarbeiter und Dorfgemeinschaften bei der Reintegration ehemaliger Kindsoldaten unterstützt. In Liberia begleitet eine Fachkraft die Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission.

Nach Darstellung der Arbeitsgemeinschaft hat sich das Profil, das von Entwicklungshelfern erwartet wird, in den vergangenen 50 Jahren stark verändert. Wurden zunächst vor allem Personen mit Berufsausbildung vermittelt, die vor Ort im handwerklichen oder medizinischen Bereich tätig waren, so verfügt heute die überwiegende Mehrheit der AGEH-Fachkräfte über einen akademischen Berufsabschluss und arbeitet beratend in den Strukturen der Partnerorganisationen in 54 verschiedenen Ländern.

(KNA – 4. September 2009)

Die 1959 gegründete **Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e. V. (AGEH)** ist der Personaldienst der deutschen Katholiken für Internationale Zusammenarbeit. Sie ist einer von fünf staatlich anerkannten Entwicklungsdiensten in Deutschland. 25 Mitglieder tragen den Verein. Zu diesen zählen der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) und katholische Entwicklungsorganisationen wie das Bischöfliche Hilfswerk Misereor, das Kolpingwerk und der Caritasverband. Die AGEH ist zudem einer von acht Trägern des von der Bundesregierung finanzierten Programms „Ziviler Friedensdienst“.

Die AGEH will dazu beitragen, dass das Leben in der einen Welt in voller Entfaltung für alle möglich wird, die Menschen in Würde leben und die Armen als Träger und Gestalter ihrer eigenen Entwicklung und der ihrer Gemeinschaft eigenverantwortlich handeln können.

Marie-Theres Jösten, Schatzmeisterin des KDFB auf Bundesebene, ist Mitglied des AGEH-Vorstandes.

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e. V.

Ripuarenstraße 8 - 50679 Köln

Telefon 0221 8896-0

Fax 0221 8896-100

Internet: www.ageh.de

Caritas

Caritas-Pilotprojekt soll polnische Haushaltshilfen unterstützen

Paderborn (KNA) Die Unterstützung polnischer Betreuungshilfen in deutschen Haushalten steht im Mittelpunkt einer deutschlandweit bislang einmaligen Kooperation der Caritas im Erzbistum Paderborn und der nationalen Caritas Polens. Beide Verbände wollten „das schutzwürdige Interesse der in Deutschland arbeitenden Frauen und ihrer Heimatfamilien“ sichern, heißt es in dem in Paderborn vorgestellten Abkommen. Er sieht für die polnischen Kräfte rechtliche und fachliche Beratungen, Sprachkurse und eine soziale Begleitung ihrer Familien während des Auslandseinsatzes vor. Der Vertrag wurde vom Vorsitzenden des Paderborner Caritasverbands, Weihbischof Manfred Grothe, und dem polnischen Caritasdirektor Prälat Marian Subocz unterzeichnet.

Die Kooperationspartner wollten erreichen, „dass ein qualitätsgesicherter Einsatz polnischer Haushalts- und Betreuungshilfen legal und unter würdigen Rahmenbedingungen erfolgen kann“, hieß es weiter. Dazu würden zukünftig auch in Deutschland Haushalte über Möglichkeiten einer legalen Beschäftigung polnischer Hilfskräfte informiert. Die Caritasverbände im Erzbistum stellten auch Kontakte zu interessierten Frauen in Polen her. Die Vermittlung erfolge jedoch weiterhin über die Bundesagentur für Arbeit. Darüber hinaus würden die polnischen Hilfen bei ihrem Einsatz hierzulande begleitet und bei Bedarf durch professionelle Pflegedienste der Caritas unterstützt.

Polnische Betreuungshilfen arbeiten den Angaben der Caritas häufig illegal in Deutschland. Die zumeist weiblichen Arbeitskräfte werden überwiegend zur Pflege alter Menschen eingesetzt, wo Familienangehörige das nicht leisten können. Während dieser Zeit leben sie im Haushalt der Pflegeperson. Aufgrund der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung rechnet der Wohlfahrtsverband mit steigender Nachfrage. Für viele Polinnen sei diese Erwerbsform oft die einzige Möglichkeit, zur Existenzsicherung ihrer Familien beizutragen. Das Abkommen sehe auch eine Unterstützung der Familien vor, um etwa zu vermeiden, dass Kinder durch die Abwesenheit ihrer Mutter vernachlässigt werden.

(KNA – 29. Juli 2009)

Stichwort: Deutscher Caritasverband (DCV)

Der Deutsche Caritasverband (DCV) ist der größte Wohlfahrtsverband Deutschlands und Europas. Die Dachorganisation katholischer Sozialeinrichtungen hilft im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz im In- und Ausland Menschen in Not. Mit gut 480.000 hauptamtlichen Mitarbeitern, davon mehr als 80 Prozent Frauen, ist die Caritas größter privater Arbeitgeber in Deutschland. Etwa ebenso viele Menschen sind ehrenamtlich im Verband tätig. Der Verband engagiert sich auf allen Gebieten der Gesundheits-, Jugend- und Sozialhilfe. Er unterhält knapp 25.000 Einrichtungen, vor allem Kindergärten und Krankenhäuser. Dazu kommen Altenpflegeheime, Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen und Schulen.

Kontakt:

Deutscher Caritasverband e.V. - Karlstraße 40 - 79104 Freiburg

Telefon:0761/200-0 - Internetseite: www.caritas.de - E-Mail: info@caritas.de

Hildegardis-Verein

Lebenslanges Lernen: Herausforderungen an Bildungspolitik und Gesellschaft

Mitgliederversammlung stellt Weichen für die Studienförderarbeit des Hildegardis-Vereins bis 2015

Bonn, 3.9.2009. Anfang September hat die Mitgliederversammlung des Hildegardis-Vereins e.V. in Köln mit Vorstandswahlen und programmatischen Entscheidungen wichtige Weichen für die Studienförderarbeit des Vereins bis 2015 gestellt. In ihrem Bericht stellte die Vorsitzende, Professorin Dr. Gisela Muschiol, vor, wie erfolgreich der Verein mit Darlehensförderung, Familienstipendien und Mentoring-Programmen das Ziel des Vereins „Frauen Studien Fördern“ in den letzten Jahren erreichen konnte. Hervorzuheben sei vor allem die Entwicklung der Darlehensanträge: Der Verein erhalte heute zunehmend Anträge von Bewerberinnen, die älter sind als 35 Jahre. Für ihr Studium erhalten diese Frauen aufgrund der Altersgrenze von 30 Jahren bei Bafög und Begabtenstipendien keine öffentliche Förderung. Viele Bewerberinnen finanzieren mit dem Darlehen des Hildegardis-Vereins den Studienabschluss, den sie zuvor wegen der Kinderphase verschoben hatten. Berufstätige Bewerberinnen und Wiedereinsteigerinnen beantragen Unterstützung für qualifizierte Weiterbildung durch Aufbaustudien.

In seinem Vortrag über Herausforderungen lebenslangen Lernens zeigte Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg MdL, Leiter der Katholischen Akademie des Bistums Münster und bildungspolitischer Sprecher des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), bildungspolitischen Handlungsbedarf auf. Diskussionen und Angebote seien aktuell stark auf die Erstausbildung konzentriert, so dass „Lebenslanges Lernen“ häufig an den Rahmenbedingungen und Finanzen scheitere. Für die biographiebegleitende Förderung von Frauen sei vor allem die Phase des Wiedereinstiegs in den Beruf die zentrale Herausforderung. Qualifizierungsbedarf bestehe nicht zuletzt dort, wo Qualifikation während der Erziehungszeiten durch flexible Angebote erhalten und ggf. durch Nachqualifizierung erweitert werden könne.

Die Mitgliederversammlung beauftragte den Vorstand des Hildegardis-Vereins, sein Förderangebot angesichts des Bedarfs an lebenslanger Bildungsförderung weiter zu entwickeln und die Förderung von Frauen noch gezielter lebensverlaufsorientiert zu gestalten.

„Zivilgesellschaftliches Engagement in der Bildungspolitik ist heute wichtiger denn je. Der Hildegardis-Verein verfolgt sein Ziel, die Voraussetzungen für Frauenbildung in Deutschland nachhaltig zu verbessern durch bildungspolitische Stellungnahmen und konkrete Einzelfallhilfe. In punkto Altersbegrenzung für Studien- und Ausbildungsförderung müssen die Weichen neu gestellt werden“, resümierte die stellvertretende Vorsitzende des Hildegardis-Vereins, Eva Maria Welskop-Deffaa.

Vorsorgende Vereinspolitik betrieb die Mitgliederversammlung nicht nur durch Präzisierung der Zukunftsaufgaben und Ziele, sondern auch durch Sicherung der finanziellen Ressourcen. Mit Bruder Jean Paul Muller, dem Ordensprokurator der Don Bosco Mission Bonn, erörterten die

Mitglieder des Hildegardis-Vereins, in welchen Formen ein gemeinnütziger Verein, der keine institutionellen Gelder der öffentlichen Hand oder aus Kirchensteuermitteln erhält, durch Spenden sein Förderangebot dauerhaft sichern kann. Zahlreiche Einzelspenden – auch von ehemaligen Darlehensnehmerinnen - und eine Erbschaft hatten seit der letzten Mitgliederversammlung den Haushalt des Vereins entlastet. Die Mitgliederversammlung beauftragte den Vorstand, die Spendenwerbung behutsam zu intensivieren, um den steigenden Darlehensbedarf dauerhaft abzusichern.

Einstimmig bestätigte die Mitgliederversammlung Professorin Dr. Gisela Muschiol, Bonn, im Amt der Vorsitzenden, Eva Maria Welskop-Deffaa, Berlin, als stellvertretende Vorsitzende und Dr. Iris Müller-Limbach, Bonn, als Schatzmeisterin. Als Schriftführerin wurde Dr. Hildegard Kaulen, Wiesbaden, gewählt, als Beisitzerinnen Frau Petra Dierkes, Bonn, und Frau Aenne Siebert, Unterwössen. Frau Dr. Monika Born, Essen, wurde als Beisitzerin bestätigt.

Birgit Mock, Geschäftsführerin

Zweite Phase des Mentoring-Programms startet im Januar

Das bundesweit erste Mentoring-Programm für Studentinnen mit Behinderung ist erfolgreich angelaufen. Der auf Frauenbildung spezialisierte Hildegardis-Verein hat das Pilotprojekt 2008 mit Unterstützung der Conterganstiftung gestartet, um die Berufs- und Studienchancen von Frauen mit Handicap zu fördern. 20 Studentinnen werden von 20 Mentorinnen ein Jahr lang begleitet. Im Januar 2010 startet die zweite Phase, zu der sich interessierte Studentinnen mit Behinderung bis zum 15. September bewerben können.

Gabriele Klöckner

Der **Hildegardis-Verein** wurde 1907 zur Förderung von Frauenstudien gegründet und setzt sich seitdem für die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Frauenstudien an deutschen Hochschulen und Fachhochschulen ein. Mit zinslosen Studiendarlehen fördert er Frauen aller Alters- und Berufsgruppen im Studium und in der Ausbildung. Mit einer zusätzlichen Familienförderung will der Verein die Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung für Frauen verbessern.

Im Jahr 2008 startete der Verein das bundesweit erste Mentoring-Projekt für Studentinnen mit Behinderung. Weitere Informationen: www.hildegardis-verein.de

Weitere Informationen zum mentoring-Projekt:

Hildegardis-Verein e.V., Wittelsbacherring 9, 53115 Bonn, Tel: 0228/ 96 95 141, Fax: 0228/ 96 95 226, Email: mentoring@hildegardis-verein.de,
Internet: www.mentoring-projekt.de

Kath. Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)

Leitlinien zum intergenerationellen Lernen

Beim Lehren und Lernen war früher die Rollenverteilung zwischen Alt und Jung klar geregelt. Durch verbreitete Forderungen nach lebenslangem Lernen ebenso wie durch die demografische Entwicklung ist dieses Gefüge mittlerweile stark in Bewegung gekommen.

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) hat jetzt ein Grundlagenpapier zur „intergenerationellen Bildung und Generationensolidarität“ mit dem Titel „Leben. Miteinander. Lernen“ vorgelegt. Es nimmt sowohl das formale Lernen - also die institutionellen Angebote der Erwachsenenbildung - als auch das „nonformale“, beiläufige Lernen zwischen den Generationen in den Blick. Die 40-seitige Broschüre stellt theologische, soziologische und pädagogische Grundlagen zum Thema zusammen und formuliert abschließend sieben „Leitlinien“ sowie zwölf Empfehlungen an Politik und Gesellschaft, die Kirche sowie an die KBE selbst und ihre Bildungseinrichtungen. Durch die Öffnung der Bildungseinrichtungen zu Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen, heißt es darin, sollten sie attraktive Rahmungen für Intergenerationelle Bildung schaffen, die nicht in der Betulichkeit stecken bleibe, sondern auch konfrontative Themen aufgreife.

(KNA – 22. Juli 2009)

Die **Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)** ist ein 1957 gegründeter Zusammenschluss von katholischen Trägern der Erwachsenenbildung mit derzeit 57 Mitgliedern und rund 750 Einrichtungen. Sie ist die zweitgrößte Anbieterin allgemeiner Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland und größte nichtkommunale Anbieterin von religiöser, kultureller und personenbezogener Weiterbildung.

In der KBE sind vertreten die Landesarbeitsgemeinschaften in 12 Bundesländern, die Bischöflichen Beauftragten der 27 (Erz-)Diözesen, 7 Zusammenschlüsse katholischer Einrichtungen auf Bundesebene sowie 4 katholische Bundesverbände.

Kontakt:

Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung

Joachimstr. 1 - 53113 Bonn

Tel.: 0228 902470 - Fax: 0228 9024729

E-Mail: kbe@kbe-bonn.de Internet: <http://www.kbe-bonn.de>

Katholische Landjugendbewegung (KLJB)

Katholische Landjugend: Sozialer und ökologischer handeln

Bonn (KNA) Die Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) ruft dazu auf, in Politik und Alltag sozial und ökologisch verantwortungsvoller zu handeln. Dies müsse „bedingungslose Grundlage aller Entscheidungen“ sein, forderten die Delegierten aus ganz Deutschland beim KLJB-Bundesausschuss in Bonn. „Die Prinzipien des Fairen Handels müssen endlich als verbindliche Richtlinien für Politik, Handel und Unternehmen verankert werden“, forderte KLJB-Bundesvorsitzende Monica Kleiser. Aber auch die Verbraucher seien aufgefordert, ihren Konsum nach dem Motto „weniger ist mehr“ stärker an sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten.

Außerdem dürften unternehmerische Tätigkeiten nicht auf Kosten der Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter gehen. Entsprechende Rahmenbedingungen, gesetzliche Anreize sowie Kontrollinstanzen müsse die Politik schaffen. Darüber hinaus kritisierte die KLJB Discounter, die einzelne Maßnahmen wie Fairhandels-Siegel als „Feigenblatt“ nutzten, um über unfaires Handeln in anderen Bereichen hinwegzutäuschen. Der katholische Jugendverband hat rund 70.000 Mitglieder und setzt sich seit vielen Jahren für eine Ausweitung des Fairen Handels und für nachhaltige ländliche Entwicklung weltweit ein.

(KNA – 21. Juni 2009)

Die **KLJB (Katholische Landjugendbewegung Deutschlands)** ist ein Jugendverband mit bundesweit 70.000 Mitgliedern. Die KLJB vertritt die Interessen junger Menschen im ländlichen Raum und engagiert sich für eine aktive und lebendige Kirche. Als engagierte Christinnen und Christen gestalten Jugendliche in der KLJB mit an der Zukunft der Gesellschaft und setzen sich für eine gerechte und zukunftsfähige Welt ein. Im Rahmen der MIJARC (Mouvement International de la Jeunesse Agricole et Rurale Catholique) setzt sich die KLJB auch weltweit für Solidarität und eine nachhaltige ländliche Entwicklung ein.

Kontakt:

Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e.V.
Drachenfelsstraße 23, 53604 Bad Honnef-Rhöndorf
Tel.: (02224) 9465-0 - Fax: (02224) 9465-44
E-Mail: bundesstelle@kljb.org - Internet: www.kljb.org

Müttergenesungswerk / KAG Müttergenesung

Müttergenesungswerk kritisiert Sparkurs der Krankenkassen

Berlin (KNA) Das Müttergenesungswerk (MGW) hat den Krankenkassen vorgeworfen, auf Kosten kranker Frauen zu sparen. Die Kassen vergäben Kurplätze „nach Preis statt nach Qualität“, sagte MGW-Kuratoriumsvorsitzende Marlene Rupprecht. Die Kassen forderten von Einrichtungen reduzierte Tagessätze und übten damit Druck aus. Das Wunsch- und Wahlrecht der Mütter nach einzelnen Maßnahmen bleibe so auf der Strecke. Rupprecht sprach von einem „Preiskampf auf dem Rücken der Mütter“.

Auch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) bemängelte das Vorgehen der Kassen. Mütter- und Mutter-Kind-Kuren seien eine „Pflichtaufgabe der Krankenkassen“. Sie kritisierte, dass Kassen Anträge häufig mit der Begründung „ambulant vor stationär“ ablehnten. Dies widerspreche den gesetzlichen Vorgaben. Auch in Zukunft dürften die Kassen dabei nicht sparen, so die Ministerin.

Offiziellen Angaben zufolge nahmen im vorigen Jahr 47.000 Mütter und 68.000 Kinder an Kurmaßnahmen teil. Das sind über 30 Prozent mehr als 2006. Knapp 30 Prozent der Anträge wurden abgelehnt. Im ersten Quartal 2009 verzeichnete das MGW dagegen einen Rückgang der Belegungen von zehn Prozent. Laut Bundesfamilienministerium vertritt das MGW als einziger Träger ein Konzept für besonders sensible Lebens- und Problemlagen.

(KNA – 15. Juni 2009)

Studie zur Beratungsarbeit des Müttergenesungswerkes veröffentlicht:

2008: Rund 140.000 Mütter zu Mutter-Kind-Kur beraten 90% der Mütter finden Beratung wertvoll

Berlin, 15. Juli 2009. Das Müttergenesungswerk (MGW) hat in Berlin die Ergebnisse einer Studie über den Inhalt und Umfang der Beratungstätigkeit und Bedarfslagen von Müttern veröffentlicht. Rund 140.000 Mütter haben im Jahr 2008 eine kostenlose Beratung zu einer Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme für Mütter oder Mutter-Kind in einer der 1.400 Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände (AWO, DPWV, DRK; EVA, KAG) beim Müttergenesungswerk in Anspruch genommen. Die Studie bestätigt die Notwendigkeit der Beratung. Über 90% der befragten Mütter schätzten die Qualität der Beratungsarbeit als außerordentlich hoch und wertvoll ein. Zwei Drittel von ihnen halten die Beratung für unbedingt erforderlich. Die Beratungsarbeit bei den Wohlfahrtsverbänden ist wichtiger Teil der sogenannten Therapeutischen Kette des Müttergenesungswerkes, die die Kurmaßnahme mit Beratung im Vorfeld und der nachhaltigen

Über 70% der Frauen kamen mit mindestens drei Gesundheitsstörungen oder Erkrankungen mittlerer Schwere in die Beratungsstellen. Zeitdruck und das ständige Dasein für die Familie wurden von den Frauen als häufigste psychosoziale Belastungen benannt. Ca. 60% der Frauen erleben die Belastungen aus Familie, Alltag und Gesundheit als beeinträchtigend.

„Bemerkenswert ist“, stellt Anne Schilling, Geschäftsführerin des MGW in Berlin fest, „dass sich die Mütter mit bewilligten Kuranträgen hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Situation und der Beeinträchtigung der Aktivitäten nicht signifikant von den Müttern mit abgelehnten Anträgen unterscheiden.“ Der Beratungsaufwand ist groß: Die Mütter werden mit einer durchschnittlichen Beratungszeit von drei Stunden und neun Kontaktaufnahmen durch die Beraterin betreut. Beraten werden die Frauen sowohl bei der Antragstellung als auch hinsichtlich der optimalen Auswahl der Kureinrichtung. Hierbei müssen neben den Indikationen auch persönliche Bedarfslagen wie Trauer, Kinderbetreuungskonzept oder Größe der Einrichtung berücksichtigt werden. Zur erfolgreichen Umsetzung dieser Faktoren bei der Beantragung einer Mütter- oder Mutter-Kind-Kur ist auch die Beratung zur Wahrnehmung des Wunsch- und Wahlrechtes jeder gesetzlich versicherten Mutter wichtig.

Nicht immer benötigen die Frauen eine stationäre Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme. Rund 50% der beratungsuchenden Frauen stellen einen Kurantrag. Den Anderen werden individuelle kontextbezogene Hilfen im System der Wohlfahrtsverbände angeboten. Im Jahr 2008 konnten 47.000 Mütter mit 68.000 Kindern eine Kurmaßnahme des MGW wahrnehmen. Trotz der eindeutigen gesetzlichen Bestimmungen lag die Ablehnungsquote noch bei 27%. Rund 50% der Widersprüche, die innerhalb der Beratungstätigkeit unterstützt wurden, wurden im 2. Anlauf genehmigt.

Die Studie wurde durchgeführt vom Forschungsverbund Prävention und Rehabilitation für Mütter und Kinder an der Medizinischen Hochschule Hannover und mit Mitteln des BMFSFJ gefördert. Die Zusammenfassung der Studie ist in Kurz- und Langfassung im Internet veröffentlicht unter:

<http://www.kag-muettergenesung.de/11852.asp>

Die **KAG Müttergenesung** ist ein Zusammenschluss von vier katholischen Verbänden, die sich seit über 70 Jahren für Müttergenesung einsetzen: Deutscher Caritasverband, Caritaskonferenzen, Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB) und Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd).

Der Arbeitsgemeinschaft sind zur Zeit 23 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen für Mütter, Mütter/Väter mit Kindern mit 1.800 Plätzen angeschlossen. In 400 Beratungs- und Vermittlungsstellen werden jährlich 35.000 Frauen beraten. 14.000 Frauen und 22.000 Kinder nehmen jährlich an Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für Mütter / Mutter-Kind / Vater-Kind teil.

Die Kath. Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung ist die größte Trägergruppe in der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung, Deutsches Müttergenesungswerk.

Vorsitzende der KAG Müttergenesung ist KDFB-Vizepräsidentin Beate Born.

Kontakt:

Kath. Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung e.V., Bundesgeschäftsstelle

Margot Jäger, Geschäftsführerin, Karlstraße 40, 79104 Freiburg

Tel: 0761/ 200-455; Fax: 0761/ 200-743

E-mail: [muettergenesung\(at\)caritas.de](mailto:muettergenesung(at)caritas.de) - Internet: www.kag-muettergenesung.de

medica mondiale

„medica mondiale“-Gründerin: Afrika ist in Medien nicht präsent

Bonn (KNA) Afrika ist nach Ansicht der Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Monika Hauser, in den Medien zu wenig präsent. Die vielfältigen Probleme des Kontinents fänden in der Öffentlichkeit immer noch zu wenig Beachtung, kritisierte Hauser. Vor allem die Lage von Frauen und Kindern verdiene mehr Aufmerksamkeit. Sie seien besonders häufig von Gewalt und Ausbeutung betroffen.

Die Gründerin von „medica mondiale“ verwies auf die Situation in Liberia und im Kongo, wo die Hilfsorganisation mit eigenen Projekten aktiv ist. In Liberia seien 70 Prozent der weiblichen Bevölkerung mindestens einmal Opfer von Vergewaltigung gewesen. In dem seit Jahren umkämpften Osten Kongos fänden täglich Hunderte solcher Verbrechen statt.

Um dieses Unrecht zu bekämpfen, müssten Täter und Taten klar benannt werden, „ohne zu beschönigen“, so Hauser. Dabei sei jedoch die Würde der Opfer zu wahren. Berichterstatter müssten im Gespräch mit den Betroffenen besondere Rücksicht walten lassen und bereit sein, sich auf deren spezielle Lebensgeschichte einzulassen.

(KNA – 4. Juni 2009)

Neue Geschäftsführerin bei medica mondiale

Seit dem 1. September 2009 hat die Frauenrechts- und Hilfsorganisation medica mondiale eine neue Geschäftsführerin, die dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied Monika Hauser zur Seite steht: Christiane Overkamp. In dieser Funktion ist sie vorrangig für Finanzen, Administration und Personal zuständig. Aufgrund vorheriger Tätigkeiten, so als Leiterin der Abteilung Lateinamerika bei dem Hilfswerk der katholischen Kirche, Misereor, und als Generalsekretärin von CIDSE, einem internationalen Netzwerk von Entwicklungshilfeorganisationen in Brüssel, bringt die 45-jährige Politologin umfassende Erfahrungen in der Entwicklungspolitik sowie in Projekt- und Organisationsmanagement mit. Overkamp folgt in dieser Position der langjährigen Geschäftsführerin Anne Biermann.

medica mondiale...

- bietet Mädchen und Frauen – Überlebenden sexualisierter Kriegsgewalt – umfassende und langfristige Unterstützung
- baut vor Ort eigene Frauenprojekte auf und fördert lokale Frauenorganisationen
- stärkt Frauen darin, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen und sich politisch einzumischen
- qualifiziert Fachkräfte verschiedener Berufsgruppen im Umgang mit von Gewalt betroffenen Frauen in Krisenregionen und in Deutschland

- ist seit 1993 als feministische Menschenrechts- und Hilfsorganisation im Einsatz und hat bislang Frauen in rund 20 Ländern unterstützt
- finanziert sich als gemeinnütziger Verein aus Spenden, öffentlichen Zuwendungen und Fördermitteln

Kontakt:

medica mondiale e. V., Hülchrather Str. 4 - 50670 Köln

Tel: +49 221 931898-0 - Fax: +49 221 931898-1

E-Mail: info@medicamondiale.org

Internet: www.medicamondiale.org

Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)

Familienmodell für die Zukunft

SkF positioniert sich mit familienpolitischen Leitlinien

Freising/Dortmund. Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Delegierten der rund 150 Ortsvereine des Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) am 24. Juni 2009 in Freising ihre Forderungen für eine bessere Familienpolitik. In seinen Leitlinien setzt sich der SkF für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern unabhängig von Familienstand und Lebensform ein. Ist diese bei Männern eher selbstverständlich, erschwert Frauen noch immer eine geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben, stellt Maria Elisabeth Thoma, Bundesvorsitzende des SkF, fest. Familien leben heute in ganz unterschiedlichen Konstellationen. Dabei stellen noch immer Kinder insbesondere für Frauen ein Armutsrisiko dar. Jede fünfte Familie wird mittlerweile von Alleinerziehenden mit ihren Kindern gebildet. 87% von ihnen sind Frauen. Nicht abgesicherte Familienarbeit, Teilzeit, Minijobs im Niedriglohnssektor oder allein erziehend - bereits heute ist abzusehen, dass die weibliche Altersarmut wieder zunehmen wird. Und die Anforderungen an das, was Familien leisten sollen, um ihren Kindern gute Chancen mit auf den Weg zu geben, wachsen. Der SkF fordert daher gesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine partnerschaftlichere Arbeitsteilung in der Familie und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Frauen eine eigene Absicherung zu ermöglichen.

Da insbesondere die ersten Jahre mit Kind für die Familien eine große Herausforderung darstellen, setzt sich der SkF in dieser Zeit für gezielte Unterstützungsmaßnahmen ein. Es geht darum, Einkommensverluste auszugleichen, Arbeitszeiten flexibler zu gestalten sowie Wiedereingliederungen in den Beruf zu erleichtern bzw. diese durch Kinderbetreuung überhaupt erst zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund, dass die materiellen Lebensverhältnisse von ca. 50 % der Familien in Deutschland für das Aufwachsen von Kindern nicht förderlich sind, spricht sich der SkF für Maßnahmen zum Abbau der Kinderarmut aus und plädiert dafür, die existenzielle Grundsicherung von Kindern staatlich zu regeln.

Der **Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)** ist ein Frauen- und Fachverband der Sozialen Arbeit in der Kirche. Der Verein ist Fachverband der Kinder- und Jugendhilfe, der Gefährdetenhilfe und der Hilfe für Frauen und Familien in Not. Er setzt sich für Frauen ein, die benachteiligt sind und sich ausgegrenzt fühlen. Er bietet Kindern und Jugendlichen, Frauen und Familien, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, Beratung, Unterstützung und Hilfe an.

Kontakt:

SkF Bundeszentrale, Agnes-Neuhaus-Straße 5, 44135 Dortmund

Telefon: 0231 557026-0

Internet: www.skf-zentrale.de

Terre des femmes

Neue Vorstandsvorsitzende bei terres des femmes

Irmingard Schewe-Gerigk (61), Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, ist neue Vorstandsvorsitzende der Frauenrechtsorganisation Terres des Femmes. Das teilte die Menschenrechtsorganisation in Tübingen mit. Schewe-Gerigk kandidiert im Herbst nicht mehr für den Bundestag. Zugleich beschloss Terres des Femmes, die Bundesgeschäftsstelle in Tübingen aufzulösen und nach Berlin zu verlegen. Der Umzug von rund einem Dutzend MitarbeiterInnen ist für das Jahr 2011 geplant. Die 1981 gegründete Menschenrechtsorganisation Terres des Femmes engagiert sich für Frauen in Notlagen und tritt beispielsweise gegen häusliche Gewalt, Zwangsheirat oder Frauenhandel ein.

(KNA – 9. Juni 2009)

Hoffnung für verschleppte Mädchen

FrauenministerInnenkonferenz fordert Fristenverlängerung

TÜBINGEN. In ihrer Hauptkonferenz am 18./19. Juni 2009 entscheidet die FrauenministerInnenkonferenz der Länder über eine Erleichterung bei der Rückkehr von verschleppten Zwangsheiratsopfern und will sich über eine Änderung im Aufenthaltsgesetz einigen. Bisher müssen Personen innerhalb von 6 Monaten nach Deutschland zurückkehren, ansonsten erlischt ihr Aufenthaltsstatus. Da die Flucht aus einer ungewollten Ehe aber meist erst nach längerer Zeit gelingt, ist diese Änderung im Aufenthaltsgesetz nötig.

terre des femmes lobt diesen Ansatz: „Vor den Sommerferien häufen sich bei uns die Fälle der Heiratsverschleppung und oft rufen bei uns Frauen an, die seit vielen Jahren im Herkunftsland ihrer Eltern festgehalten werden und verzweifelt auf eine Möglichkeit zur Flucht warten, um wieder nach Deutschland zurückzukehren.“, so Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin der Frauen-

rechtsorganisation. „Diese Frauen sind entsetzt, wenn wir ihnen mitteilen müssen, dass sie nicht mehr in Deutschland leben können.“ terre des femmes fordert daher die Frist für die Rückkehr bei Heiratsverschleppung auf 3 Jahre zu verlängern.

„Die Frauen sind traumatisiert und seit Jahren Opfer von Diskriminierung und Gewalt – ihnen muss auch von politischer Seite geholfen werden“, so Christa Stolle weiter. Das Problem bei der Öffentlichkeitsarbeit liegt darin, dass terre des femmes bisher nur aus der Beratungsarbeit berichten kann, die allerdings in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Fundierte Zahlen zu Zwangsheirat gibt es im Moment noch nicht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erarbeitet terre des femmes zusammen mit der Lawaetz-Stiftung, Hamburg und dem Bremer Büro für sozialpolitische Beratung Torsten Schaak eine Studie zum Ausmaß von Zwangsverheiratungen in Deutschland. Die Ergebnisse dazu sollen im Herbst 2010 vorliegen.

TERRE DES FEMMES ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation für Frauen und Mädchen, die durch Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Einzelfallhilfe, Förderung von Projekten und internationale Vernetzung von Gewalt betroffene Frauen unterstützt. Schwerpunktthemen sind Häusliche Gewalt, Zwangsheirat und Ehrverbrechen, weibliche Genitalverstümmelung, Frauenhandel

Kontakt:

TERRE DES FEMMES, Menschenrechte für die Frau e. V. - Berliner Büro
Merseburgerstr. 3 • 10823 Berlin
Tel. 030/40504699-1 • Fax 030/40504699-9
E-Mail: [gewaltschutz\(at\)frauenrechte.de](mailto:gewaltschutz(at)frauenrechte.de) Internet: www.frauenrechte.de

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Entscheidung des Bundestages zu Patientenverfügungen: ZdK-Sprecher würdigt verantwortungsvolle Debatte

Mit Blick auf die Entscheidung des Deutschen Bundestages über ein Gesetz für Patientenverfügungen am 18. Juni 2009 würdigte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Patientenverfügungen“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, das verantwortungsvolle Eintreten der Bundestagsabgeordneten für eine gesetzliche Regelung. Lob-Hüdepohl sagte vor dem Hauptausschuss des ZdK am Freitag, dem 19. Juni 2009, das Bemühen der Abgeordneten um eine gesetzliche Regelung während der vergangenen sechs Jahre sei geleitet gewesen vom Bestreben, Rechtssicherheit für Sterbende und deren Angehörige zu schaffen. Dieser intensive Einsatz verdiene Anerkennung und Wertschätzung. Um die gewichtigen Fragen zu Leben und Sterben sei in sehr besonnener, sensibler Weise gerungen worden.

Lob-Hüdepohl beklagt jedoch eine automatische Gleichsetzung von Patientenverfügung und aktuellem Willen, die der angenommene Stinker-Geszentwurf vorsehe. Das ZdK habe sich stets ge-

gen eine solche Gleichsetzung ausgesprochen, da eine vorausverfügte Willenserklärung nicht automatisch identisch sei mit dem aktuellen Willen des Patienten. Insbesondere umfasse die Patientenautonomie die Selbstbestimmung des Patienten und die Fürsorge für ihn. „Die Patientenautonomie kann nicht isoliert und losgelöst von menschlichen Bezügen verstanden werden“, so Lob-Hüdepohl. So werde der Patientenautonomie erst mit Hilfe des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Angehörigen, Ärzten, Bevollmächtigten oder Betreuern umfassend Rechnung getragen. Daher müsse im konkreten Fall genau geprüft werden, ob eine Patientenverfügung auch tatsächlich auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zutreffe.

Lob-Hüdepohl wies darauf hin, dass nach der auch weiterhin geltenden Rechtslage jede geschäftsfähige Person per Vorsorgevollmacht einen Bevollmächtigten benennen kann, der im Falle der Einwilligungsunfähigkeit Entscheidungen über medizinische Maßnahmen trifft bzw. per Betreuungsverfügung Wünsche hinsichtlich der Person des Betreuers sowie der Betreuung äußern kann. Die Möglichkeit der Einflussnahme von Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung werde nach wie vor unterschätzt, obwohl ihnen eine sehr große Bedeutung zukomme – als entscheidendem Ausdruck der Patientenautonomie.

Positiv bewerte er, dass das Gesetzgebungsverfahren zu einer bedeutenden Bewusstseinsänderung für eine Kultur würdigen Sterbens geführt habe: „Die Debatten der vergangenen Jahre haben die öffentlichen Diskussionen bereichert sowie eine Enttabuisierung von Sterben und Tod in der Gesellschaft bewirkt“, so Lob-Hüdepohl. Menschen seien bewegt worden, sich mit ihrem eigenen Tod auseinanderzusetzen und Vorsorge zu treffen. Besonders hervorzuheben sei, dass alle eingebrachten Gesetzentwürfe der aktiven Sterbehilfe eine klare Absage erteilt hätten. Diese Einigkeit in der Kontroverse sei ein wichtiges Signal für einen menschenwürdigen Umgang mit Schwerkranken und die Begleitung von Sterbenden.

Im Übrigen habe das ZdK immer betont, dass es in der Debatte um Patientenverfügungen um weit mehr gehen müsse – um ein Leben und Sterben in Würde. Daher spreche sich das ZdK deutlich für den Ausbau der Palliativmedizin aus. Zu begrüßen sei in diesem Zusammenhang der Gesetzentwurf „Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus“, der die Aufnahme der Palliativmedizin als Pflicht- und Prüfungsfach im Rahmen des Medizinstudiums in die Approbationsordnung für Ärzte vorsieht und am 19. Juni 2009 im Bundestag zur Abstimmung steht.

(ZdK – 19. Juni 2009)

Katholische Laien fordern mehr Engagement für Entwicklungshilfe

Bonn (KNA) Als „bescheiden, aber immerhin hoffnungsvoll“ hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) die geplante Steigerung des deutschen Entwicklungsetats bezeichnet. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise müssten die Industrieländer, aber auch private Spender, ihre Hilfe für die Ärmsten der Armen jedoch weiter erhöhen, forderte der Sprecher für Weltkirche und Entwicklungszusammenarbeit, Peter Weiß. „Die Millenniums-Entwicklungsziele für 2015 dürfen nicht der Krise zum Opfer fallen“, betonte der CDU-Bundestagsabgeordnete. Der vom Bundeskabinett verabschiedete Haushaltsentwurf für 2010 sieht vor, dass der Etat des Entwick-

lungsministeriums von derzeit 5,813 Milliarden Euro auf 5,837 Milliarden Euro leicht anwächst. Die Bundesregierung hatte zugesagt, das Geld für Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens aufzustocken. Nach dem jetzt beschlossenen Regierungsentwurf wird diese Quote jedoch nicht erreicht.

(KNA – 25. Juni 2009)

Hauptausschuss empfiehlt Wahl von Alois Glück zum ZdK-Präsidenten

Der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat der Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit empfohlen, am 20. November 2009 ihr langjähriges Mitglied, den früheren Präsidenten des Bayerischen Landtags, Alois Glück, zum Präsidenten des ZdK zu wählen.

Er folgte damit dem Vorschlag der von ihm am 19. Juni 2009 eingesetzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe, die den Auftrag hatte, einen gemeinsamen Kandidatenvorschlag des Hauptausschusses für die Wahl vorzubereiten. Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe hat zwischenzeitlich geklärt, dass der Kandidat gegebenenfalls zur Kandidatur bereit ist, und zahlreiche Gespräche geführt, die erwarten lassen, dass die Deutsche Bischofskonferenz die Wahl bestätigen wird.

Gleichzeitig hat der Hauptausschuss mit großem Respekt die Entscheidung von Vizepräsident Heinz-Wilhelm Brockmann zur Kenntnis genommen, nicht erneut zu kandidieren und die Kandidatur von Alois Glück zu unterstützen. Die Wahl findet in der Vollversammlung am 20./21. November 2009 in Bonn-Bad Godesberg statt.

(ZdK – 4. September 2009)

Das **Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)** ist der Zusammenschluss von Vertretern der Diözesanräte und der katholischen Verbände sowie von Institutionen des Laienapostolates und weiteren Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft. Entsprechend dem Dekret des II. Vatikanischen Konzils über das Apostolat der Laien (Nr. 26) ist das ZdK das von der Deutschen Bischofskonferenz anerkannte Organ, das die Kräfte des Laienapostolats koordiniert und das die apostolische Tätigkeit der Kirche fördern soll. Die Mitglieder des Zentralkomitees fassen ihre Entschlüsse in eigener Verantwortung und sind dabei von Beschlüssen anderer Gremien unabhängig.

Kontakt:

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Generalsekretariat
Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn / Postfach 24 01 41, 53154 Bonn
Telefon: 0228 / 38297-0 - Telefax: 0228 / 38297-44
E-Mail: [info\(at\)zdk.de](mailto:info(at)zdk.de) - Internet: www.zdk.de